AFRIKA 23.01.2023 | Bright Simons

Grüner Umbau kann warten

Afrika trägt kaum zur Erderwärmung bei, muss aber überproportional die Kosten tragen. Dem Kontinent sollte mehr CO2-Ausstoß zugestanden werden.

Viele der weltweit mit Entwicklungsfragen befassten Akteure drängen darauf, dass die reichen Länder hohe Summen an Entwicklungsländer überweisen, um diesen ohne Behinderung des Wirtschaftswachstums bei der Umstellung auf sauberere Energieträger zu helfen. Dieses Engagement wirft jedoch bedeutsame wirtschaftliche Fragen auf, die in der Mainstream-Presse nicht genügend Aufmerksamkeit erhalten.

Siehe etwa Afrika: Der zweitgrößte Kontinent der Welt soll nur ein Prozent der historischen CO_2-Emissionen verursacht haben. Heute ist Afrika für lediglich vier Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Die menschengemachten Emissionen an Kohlendioxidäquivalenten aus Afrika belaufen sich jährlich auf etwa 1,4 Milliarden Tonnen, wovon 35 Prozent allein auf Südafrika entfallen. Und die von den Menschen in Afrika verursachten CO_2-Emissionen betragen lediglich 20 Prozent des weltweiten Pro-Kopf-Durchschnitts.

Afrika soll nur ein Prozent der historischen CO_2-Emissionen verursacht haben.

Dabei muss die Welt jährlich fast zehn Milliarden Tonnen an CO_2 einsparen, um überhaupt eine Chance zu haben, das für 2030 gesetzte Ziel eines „maximalen Anstiegs von zwei Grad“ zu erreichen, wie der Weltklimarat feststellt. Die ungeschminkte Realität besteht also darin, dass Afrika einen beträchtlichen Teil der globalen Kosten zu tragen hätte, wenn es den ganzen Weg in Richtung Netto-Null-Emissionen zurücklegen müsste. Die Kosten für Afrikas Beitrag zur Erreichung dieses Emissionsziels werden auf 1,3 BillionenUS-Dollar geschätzt. Die Spitzenpolitiker des Kontinents und deren Berater verlangen vom Rest der Welt, für diese Summe aufzukommen.

Doch was, wenn die reiche Welt Afrika nicht für den Übergang zu einer umweltschonenden Wirtschaft, sondern für den Aufbau CO_2-intensiverer Industrien bezahlen würde? Das klingt ungeheuerlich, bis man sich vergegenwärtigt, dass sich die nach Afrika fließenden ausländischen Direktinvestitionen auf insgesamt etwa 80 MilliardenUS-Dollar jährlich belaufen. Ausgehend von den aktuellen Referenzwerten für die Kohlenstoffintensität der Industrialisierung könnte Afrika sein jährliches Wirtschaftswachstum um drei Prozentpunkte steigern, wobei sich die Emissionen um etwa 100 Prozent erhöhen würden. Der Bedarf an ausländischen Direktinvestitionen für diesen wirtschaftlichen Impuls liegt bei etwa 40 MilliardenUS-Dollar und wir könnten diesen Wert sogar noch auf 80 MilliardenUS-Dollar erhöhen.

Durch eine Verdoppelung sowohl der Emissionen als auch der ausländischen Direktinvestitionen in Afrika könnte das durchschnittliche jährliche Wachstum von 4,6 Prozent in den letzten Jahrzehnten aufgrund von Multiplikatoreffekten auf beinahe acht Prozent oder noch mehr ansteigen. Mit einer derartigen Wachstumsrate würde Afrika sein Pro-Kopf-Einkommen bis 2030 verdoppeln, und das könnte ausreichen, um 90 Prozent der Bevölkerung aus der Armut zu befreien. Das wäre vor allem dann eine gute Nachricht, wenn sich auch die Umwelt-Kuznets-Kurve langfristig als richtig erweisen würde und die CO_2-Emissionen in vielen Ländern mit steigendem Nationaleinkommen tatsächlich weiter zurückgehen.

Das institutionelle Umfeld in Afrika wird weiterhin wohl eher umweltschädlichen als grünen Branchen gegenüber aufgeschlossen bleiben.

Das institutionelle Umfeld in Afrika wird weiterhin wohl eher umweltschädlichen als grünen Branchen gegenüber aufgeschlossen bleiben, und zwar aus dem einfachen Grund, dass grüne Industrien ein höheres Niveau an Qualifikationen, Kapital und Kaufkraft erfordern. Angesichts der geringen Nettobeiträge Afrikas zu den Emissionen wäre es vielleicht sinnvoll, dem Kontinent längere Zeiträume für die Dekarbonisierung einzuräumen, da die reicheren Länder einen größeren komparativen Vorteil bei der Umstellung auf grüne Industrien aufweisen.

Lässt man moralische Imperative beiseite, kann die Wirtschaftsanalyse zu einigen der Intuition zuwiderlaufenden Ergebnissen führen. Viele Menschen sind skeptisch im Hinblick auf die Grundlagen der „grünen Hilfe“ für Afrika. Und angesichts der Tatsache, dass die nicht-anthropogenen Emissionen in Afrika weitaus höher liegen als die Gesamtemissionen der USA, dem weltweit größten Verursacher von

Umweltverschmutzung, fragen sich andere, was eine geringfügige Senkung der vom Menschen verursachten Emissionen in Afrika im Gesamtkontext eigentlich bedeuten würde.

Ein neues Paradigma der grünen Hilfe, wonach tiefgreifende institutionelle Reformen erforderlich seien, stößt bereits auf eine gewisse Skepsis.

Institutionelle Aufgeschlossenheit kann generalisiert werden, um den gesamten Kontext institutioneller Qualität zu umfassen. Mancherorts wird argumentiert, dass frühere Phasen „normaler Hilfe“ für Afrika zu durchwachsenen Ergebnissen geführt hätten. „Klimafinanzierung“ ist schließlich keine wirklich neue Kategorie der Hilfe, sondern nur eine Umetikettierung von Geldern, die aus denselben alten Töpfen der Entwicklungshilfe stammen. Auf welcher Grundlage sollte man also glauben, dass 1,3 BillionenUS-Dollar an „grüner Hilfe“ allgemein positive Auswirkungen zeitigen werden? Derartig komplexe Vertrauensfaktoren erschweren die Ausarbeitung grüner Hilfen zur Finanzierung von Umstellungen in Richtung Netto-Null-Emissionen in Regionen wie Afrika.

Die schwerfällig einsetzende Wirksamkeit der Hilfe unterstützt den Gedanken, „normale ausländische Direktinvestitionen“ ohne grüne Vorgaben zu fördern. Der Kontinent hat sich bereits auf derartige Finanzierungen eingestellt. Ein neues Paradigma der grünen Hilfe, wonach tiefgreifende institutionelle Reformen erforderlich seien, stößt bereits auf eine gewisse Skepsis, auch wenn diese nicht offen geäußert wird. Doch die wachsende Zahl von Rahmenwerken zur Bekämpfung der Korruption bei der Klimafinanzierung ist ein deutlicher Hinweis darauf.

Natürlich könnten private Investoren von sich aus „grüne“ ausländische Direktinvestitionen tätigen, doch die Koordinierung auf transnationalen privaten Märkten gestaltet sich schwierig und erschwert derartige Veränderungen. Neue multilaterale öffentlich-private Partnerschaften sind erforderlich, um die moralischen, politischen und wirtschaftlichen Zielkonflikte in Einklang zu bringen, doch der Fortschritt präsentiert sich langsam, wie wir im Falle des Grünen Klimafonds gesehen haben. Die Institutionalisierung dieser neuen Strukturen wird einige Zeit brauchen. In Ermangelung dieser Strukturen bestehen erhebliche Zweifel daran, dass große Summen grüner Finanzmittel in die Entwicklungsländer und nach Afrika fließen werden, um einen gerechten Übergang zu einer grünen Wirtschaft zu finanzieren. Dieser Pessimismus wird in offiziellem Rahmen selten geäußert. Doch warum an der

Scharade festhalten, wenn sich die Aussichten so dürftig präsentieren?

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Helga Klinger-Groier



Bright Simons
Accra

Bright Simons ist Gründer und Vorsitzender von mPedigree, eines Sozialunternehmens, das sich mit der technologischen Reform von Lieferketten befasst. Er ist außerdem stellvertretender Vorsitzender von IMANI, einem ThinkTank mit Sitz in Accra, und fungiert unter anderem als Berater für die *Africa Strategy Group* des Weltwirtschaftsforums.